

Protokoll der Arbeitsgemeinschaft Jugendarbeit, Jugend- und Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Schwerin gemäß § 78 SGB VIII

Datum: 25.11.2022, 09:00 – 11.00 Uhr

Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, 19053 Schwerin / Raum E 0.70

Anwesende:

Träger:

Herr Glüer (Bauspielplatz, Sprecher AG), Herr Hagen (SODA EJ, Sprecher der AG), Herr Gagzow (Caritas), Frau Guth (DKSB), Frau John (VFJS), Herr Böttcher (SSB), Herr Janik (AWO), Frau Hilbig-Fischer (AMT)

Verwaltung: Herr Klinkenberg, Frau Speidel, Frau Thalheim, Frau Maertz, Herr Ruhl

Entschuldigt: Herr Speidel/Herr Westendorf (KJHV), Herr Leupold (DRK), Herr Siebernik (SJR), Herr Reschke (SdK), Frau Trost (IB), Frau Thölken (RAA), Herr Littwin (VSP)

TOP 1 Protokollkontrolle, Festlegung der Tagesordnung

- Protokoll zu der letzten Sitzung „Vorstellung der Jugendhilfeplanung“ wurde kommuniziert, angenommen

TOP 2 Nächste Schritte im Rahmen der Jugendhilfeplanung – Vorschlag zur Konstituierung der Planungsgruppe für den Bereich der Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit

Ausführung zu der Thematik durch Frau Thalheim:

- Vorangestellt erläutert Frau Thalheim, dass eine Änderung der ursprünglich angedachten Zeitkette der Teilplanung erfolgen wird.
- Die Bestandsaufnahme wird auf die Monate Mai 2023 – August 2023 vorgezogen, um im Anschluss die Evaluation der Angebote von September 2023 – April 2024 vorzunehmen.
- Ziel der Planungsgruppe:
 - Einbezug des Fachwissens von Vertretenden der öffentlichen und freien Träger
 - Thematisierung der Lebensbedingungen der Kinder und Jugendlichen, der jungen Menschen
 - Identifizierung struktureller Gegebenheiten und Mängellagen
- Aufgabe der Planungsgruppe:
 - Einbringung in die Phasen des Planungsprozesses, zum Beispiel in Form eines Datenkonzeptes, ähnlich wie bei der Qualifizierung der Bedarfsanalyse Schulsozialarbeit

Herr Hagen:

- Fragt nach, durch wen die Bestandsaufnahme durchgeführt wird, respektive welche konkreten Daten, Angebote erhoben werden sollen.

Frau Thalheim:

- erläutert, Bestandskonzept wird durch die Verwaltung erarbeitet, Abstimmung erfolgt durch die Gremien Unterhilfeausschuss, Planungsgruppe, AG 78.
- Alle Angebote der Jugendarbeit (JA), Jugendsozialarbeit (JSA), Straßensozialarbeit (StraSo) und Schulsozialarbeit (SSA) sollen evaluiert werden.

Herr Glüer:

- fragt nach dem weiteren Prozedere rund um die Thematik der Einrichtung einer Planungsgruppe.

Frau Thalheim:

- informiert, zunächst finde eine Konzeptphase statt, danach schließe sich die Bestandsaufnahme an, um im Anschluss evaluiert zu werden.
- Bereits abgedeckt in der Planungsarchitektur sind die politische sowie strategische Ebene.
- Die operative Ebene soll durch die Fachkräfte abgedeckt werden – die Expertise der Fachkräfte und das praktische Wissen über die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen sollen so in die Planungsprozesse mit einfließen.

Herr Hagen:

- erkundigt sich, ob es Fragen zu den Ausführungen bezüglich der Installation der Planungsgruppe gebe.

Herr Glüer:

- konstatiert, die Beteiligung der Fachkräfte sei als positiv zu deklarieren
- fragt nach, wie die personelle Besetzung der Planungsgruppe aussehen solle, erkundigt sich nach dem angesprochenen Losverfahren.

Frau Thalheim:

- erörtert den Verwaltungsvorschlag zu der personellen Untersetzung der Planungsgruppe: vier Mitglieder der Verwaltung (Jugendhilfeplanung, Prävention, Leitung) sowie 11 Vertretende der anerkannten freien Träger (drei Geschäftsführende / Bereichsleitende, acht Fachkräfte aus den Bereichen Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit).
- Die Trägerpluralität soll gewahrt werden und so möglichst nur eine Person je Träger in der Planungsgruppe verortet werden.
- Sollte es zu viele Interessenten geben, werde per Losverfahren ermittelt, wer Mitglied der Planungsgruppe werden kann.

Herr Hagen:

- fragt nach, ob es eine Trennung der Positionen bei Doppelrollen der Agierenden geben soll (Ausschluss Fachkraft + Bereichsleitung?).
- Er regt an, personell die Planungsbezirke abzudecken und die unterschiedlichen Schulformen auch in der Planungsgruppe abzubilden.

Frau Thalheim:

- führt aus, Planungsgruppe soll nicht zu groß werden, Themen der Planungsgruppe werden in die bestehenden Gremien runtergebrochen.

- eine digitale Informationsveranstaltung für die Fachkräfte finde am 12.12.2022 (11:00 – 12:30 Uhr) statt
- bis 16.12.2022 Interessenbekundung zur Mitwirkung in der Planungsgruppe
- am 16.01.2023 soll eine digitale Informationsrunde mit der AG 78 stattfinden.

Frau Maertz:

- erläutert, die ESF-Richtlinie sei noch nicht bekannt, Förderfähigkeit der Involvierung der einzelnen ESF-geförderten Fachkräfte in der Planungsgruppe sei noch nicht absehbar.

Herr Klinkenberg:

- ergänzt, die Richtlinien zur kommenden ESF-Förderung sei noch nicht abgeschlossen, dennoch sei bereits kommuniziert worden, dass die Rahmenbedingungen geschmälert werden und so auch ein Wirken neben den ESF-geförderten Projekten möglich werde,
- so soll auch die Anrechnung der Arbeit in den Gremien vereinfacht werden,
- betont aber, dass die entsprechenden Unterlagen aktuell noch nicht vorliegen.

TOP 3 Trägerverbundarbeit und Umstrukturierung der trägerübergreifenden Zusammenarbeit – Austausch zum weiteren Vorgehen

Frau Maertz:

- verweist auf den Konsens der letzten Veranstaltung, die Umstrukturierung soll erfolgen, Planungsprozesse dafür finden in den Kalenderjahren 2023 / 2024 statt, die Mittel für die Trägerverbundarbeit seien für zwei weitere Jahre in den Haushalt verankert, eine Umsetzung der Neustrukturierung sei für das Kalenderjahr 2025 geplant
- daneben sei die Weiterführung des Prozesses auf Geschäftsführenden Ebene festgehalten.
- Die Verwaltung unterbreitet den Vorschlag, die Umstrukturierung als Dauerthema in der AG nach 78 zu verankern, um zeitliche Ressourcen aller Beteiligten zu schonen.

- Sie führt weiter aus, die Trägerverbund II Geschäftsführenden befänden sich aktuell in der Planungsphase, der Prozess finde weiter statt, es werde zu freiwilligen Treffen eingeladen - Frau Maertz unterbreitet den Vorschlag, die Erkenntnisse aus dem Prozess des Trägerverbund II in die AG nach 78 einfließen zu lassen.

- Sie unterbreitet einen weiteren Vorschlag: Die Sprecher der AG nach 78 und die Verwaltung stimmen sich vorangeschaltet über die Ziele der thematischen Arbeit an der Umstrukturierung 2023 ab und erarbeiten gemeinsam einen Meilensteinplan für die konkrete Arbeit an der Thematik in der AG nach 78 für das Kalenderjahr 2023.

Herr Glüer:

- stimmt dem Grundansatz, die Anzahl der Arbeitstreffen einzugrenzen, zu.
- Ebenso wird der Vorschlag der Integration der Umstrukturierungsthematik in den Arbeitsplan der AG nach 78 positiv votiert.

Auf Nachfrage der Sprecher gibt es im Gesamtplenum kein Veto.

Festlegung: Die Thematik der Umstrukturierung der Trägerverbundarbeit wird als Dauerthema für das Kalenderjahr 2023 in die AG 78 aufgenommen.

TOP 4 Thematische und terminliche Abstimmung der AG gem. §78 SGB VIII für das Jahr 2023

Herr Hagen:

- hält die Grobthemen Jugendhilfeplanung und Umstrukturierung der Trägerverbundarbeit fest,
- informiert sich über die fachliche Leitung der AG 78 während der Übergangszeit (Dezernent / Fachdienstleitung).

Herr Ruhl:

- entgegnet, aktuell noch in Abstimmung, eine Lösung der Problematik liegt in der Verwaltung noch nicht vor.
- Er informiert über den kommissarischen Einsatz von Frau Rickert als Fachdienstleitung bis zum 01.04.2023,
- weist darauf hin, die neue Beigeordnete komme im Februar 2023.

Herr Hagen:

- bekräftigt, die Themen Jugendhilfeplanung und Trägerverbünde seien als Jahresthemen für 2023 ausreichend, auch aufgrund der neuen Leitungsstrukturen.

Herr Ruhl:

- empfiehlt, erst im Februar über die Trägerverbundarbeit weiter zu diskutieren,
- da eine Erarbeitung / Diskussion über Förderbedingungen der Projektarbeit nicht ohne politischen Verantwortlichen durchgeführt werden sollten.

Herr Hagen:

- erörtert, die Meilensteine seien im Januar 2023 auch ohne Leitungsebene bearbeitbar

Herr Gagzow:

- betont, eine Lösung zur Übergangsregelung „Leitung“ müsse gefunden und kommuniziert werden, zum Beispiel um Entgeltverhandlungen durchführen zu können.

Herr Glüer:

- bekräftigt, die Benennung einer verantwortlichen und festen Ansprechperson für die Themen und Problemen der JA / JSA / SSA / StraSo sei zwingend notwendig.

Herr Hagen:

- schlägt vor, die erste Sitzung der AG Ende Februar stattfinden zu lassen, konkret, um **11 Uhr am 24.02.2023 (vorbehaltlich im Stadthaus im Raum 1029)**.

Herr Glüer:

- verweist darauf, die Abfolge der Termine des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und die der AG nach 78 aufeinander abzustimmen.

Herr Hagen

- schlägt vor, die neue Fachdienstleitung in die weitere Terminfindung einzubeziehen, ein weiterer Termin der AG nach 78 wäre dann im April anzusetzen.

TOP 5 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Klinkenberg:

- informiert über personelle Veränderungen im Fachdienst Jugend
 - Frau Kerinn ist seit Oktober 2022 wieder im Fachdienst tätig, die Aufteilung der Bereiche sieht wie folgt aus: Frau Kerinn übernimmt den Bereich SSA, Frau Maertz die Bereiche JA / JSA.
 - Frau Krause ist als neue Fachdienstleitung ab 01.04.2022 im Jugendhilfeausschuss einstimmig bestätigt, im Hauptausschuss mehrheitlich bestätigt worden.
 - Frau Vahl übernimmt ab 01.04.2023 die Fachgruppenleitung des Allgemeinen Sozialen Dienstes.
 - In der Übergangszeit übernimmt Frau Rickert die kommissarische Leitung.
 - Weitere neue Kolleginnen im Fachdienst Jugend sind seit 01.10.2022 Frau Kopp (Kinderschutz) und Frau Robrahn als Qualitätsbeauftragte.

- Er erörtert das Verfahren der Zuwendungen:
 - Aktuell werden die Zuwendungsbescheide erstellt, aufgrund fehlender Haushaltgenehmigung zunächst als vorläufige in der Höhe der jeweilig bewilligten Förderung aus dem Jahr 2022.
 - im Dezember gehen die Bescheide raus.

Herr Gagzow:

- erkundigt sich, wann die „richtigen“ Zuwendungsbescheide zu erwarten sind und in welcher Höhe diese angesetzt sind.

Frau Maertz:

- entgegnet, Frau Scholz habe die Träger über die endgültigen Fördersummen und eventuellen Kürzungen informiert, dementsprechend sind die Summen auch im Haushalt eingeplant.

Herr Klinkenberg:

- erläutert, die Abstimmung der Haushaltplanung erfolge am 05.12.2022 in der Stadtvertretung
- bei ESF geförderten Projekten seien die Fristen 31.1. zwingend einzuhalten, da ansonsten bei Nicht-Einhaltung Rückforderungen drohen.
- Noch ausstehende Mittelanforderungen seien umgehend zu stellen, Frist ende dazu am 10.12.2022.

Herr Ruhl:

- führt aus, eine gemeinsame Sitzung zur Einbringung des Haushaltes habe bereits stattgefunden,
- eine Veröffentlichung der Haushaltssatzung im April / Mai 2023 sei als realistisch zu betrachten,
- auch nach Rücksprache mit der Finanzverwaltung sei zukünftig das Ausstellen mehrjähriger Bescheide denkbar,
- spricht den Trägern die Empfehlung aus, mehrjährige Bescheide einzufordern,
- verweist darauf, dass die Leistungen der JA / JSA im Bedingungsrahmen zumindest dem Grunde als Pflichtaufgabe anzusehen seien, nicht aber die Höhe der Zuwendungen. . Das könnten die Träger auch offensiv einfordern.

Herr Gagzow:

- verweist auf die Dringlichkeit einer Übergabe für die folgenden Kolleginnen.

Herr Ruhl:

- schlägt vor, ein gemeinsames Schriftstück für die folgenden Kolleginnen anzufertigen.

Herr Klinkenberg:

- teilt mit, dass das Sozialministerium die Bedeutung der präventiven Arbeit im Bereich der ESF-Förderung anerkannt hat.
- vorbehaltlich wurde mitgeteilt, dass das Sozialministerium geplante Mittel für die Kalenderjahre 2026 /2027 vorziehen möchte - aktuell befinde sich das Prozedere in der Abstimmung mit dem Finanzministerium, die Landeshauptstadt Schwerin hätte einen sechsstelligen Betrag mehr zur Verfügung (für das Land insgesamt 2 Mio.).

Herr Hagen:

- hinterfragt die Planungsprozesse, welche Stellen sollen aufgestockt werden, aus welchen Bereichen.

Herr Klinkenberg:

- verweist auf die Einhaltung des Bedingungsrahmens.

Herr Gagzow:

- wirft ein, dass auch Betriebssteigerungen, ein Abfedern von Tarifsteigerungen, sinnhaft wäre.

Herr Klinkenberg:

- erörtert, die Finanzierung durch Pauschalen werde das Abfedern nicht ermöglichen,
- nicht aufgebrauchte kommunale Mittel könnten möglicherweise zur Aufstockung der Tarife genutzt werden.
- Er informiert, die Härtefonds des Landes zum Auffangen der Energiepreisstigerungen würden nicht für den Bereich der Jugendarbeit greifen – es wäre angeblich eine Pflichtaufgabe für die Kommune, diese Steigerungen aufzufangen.

Herr Glüer:

- verweist auf den nicht mehr ganz aktuellen Bedingungsrahmen, der Prozess liege zwei große Krisen zurück und Bedarfe müssten noch einmal betrachtet werden – Fachdienst sollte nicht nur nach dem Bedingungsrahmen die Stellen auffüllen.

Herr Klinkenberg:

- entgegnet, die Jugendhilfe und die Fachkräfte im Fachdienst Jugend haben die Bedarfe gut im Blick,
- die Themen Finanzen, Ausschreibung, Planung oblägen in der Verwaltung, der Jugendhilfeausschuss sei in diese Themen einzubeziehen.

Herr Hagen:

- weist darauf hin, die Angebote und Projekte müssten sich auch selber hinsichtlich der aktuellen Bedarfe orientieren bzw. aufstellen.

Herr Klinkenberg:

- teilt die Weiterführung von JUGEND STÄRKEN mit.

Herr Hagen:

- fragt zu dem aktuellen Stand der Kinderschutz Kooperationsvereinbarungen im Kontext Schule / SSA nach.

Herr Klinkenberg:

- erläutert, Frau Kopp und das Schulamt hätten die Kooperationsvereinbarungen bereits auf den Weg gebracht, jede Schule müsse eine „8a-Vereinbarung“ mit der Stadt schließen, Absprachen erfolgen dazu mit den einzelnen Schulformen,
- weiterhin sei in Planung, die Vereinbarungen auch mit den Sportvereinen zu schließen.

TOP 6 Sonstiges

Verabschiedung Herr Klinkenberg

Nächster Sitzungstermin: 24.02.2023, 11:00 Uhr (vorbehaltlich im Stadthaus im Raum 1029)

(Gez.)

Juliane Speidel